

Protokollerklärung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Verbesserung der medizinischen Versorgungslage in Münster folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- a. Die Verwaltung führt Gespräche mit der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie dem Vorstandsvorsitzenden des UKM, um über die aktuelle Situation in Münster in Bezug auf die aktuelle medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen zu informieren und zu erreichen, dass Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung in den Leistungskatalog der Klinik aufgenommen werden.
- b. Die Verwaltung kontaktiert diesbezüglich die Bezirksregierung Münster, um im Rahmen von deren Rechtsaufsicht nach dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW für die oben erwähnte Erweiterung des Leistungskatalogs eine Unterstützung zu erhalten.
- c. Die Verwaltung nimmt Kontakt zur Ärztekammer Westfalen-Lippe und der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe auf, mit dem Ziel, das Thema „Schwangerschaftsabbrüche“ regelhaft in den Fortbildungskatalog für Ärztinnen und Ärzte aufzunehmen.